

Rüdiger Hachtmann

Vom Stand zur „Classe“. Selbstverständnis und Sprachverhalten von Arbeitern und Gesellen, Unternehmern und Meistern in der Berliner Revolution

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.809>

Reprint von:

Rüdiger Hachtmann, Vom Stand zur „Classe“. Selbstverständnis und Sprachverhalten von Arbeitern und Gesellen, Unternehmern und Meistern in der Berliner Revolution,

in: Die Revolutionen von 1848/49. Erfahrungen – Verarbeitung – Deutung, herausgegeben von Christian Jansen und Thomas Mergel, Vandenhoeck & Ruprecht Göttingen, 1999, ISBN 978-3-525-01364-9, S. 75-96

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>

Zitationshinweis:

Rüdiger Hachtmann (1997), Vom Stand zur „Classe“. Selbstverständnis und Sprachverhalten von Arbeitern und Gesellen, Unternehmern und Meistern in der Berliner Revolution, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.809>

Ursprünglich erschienen als: Rüdiger Hachtmann, Vom Stand zur „Classe“. Selbstverständnis und Sprachverhalten von Arbeitern und Gesellen, Unternehmern und Meistern in der Berliner Revolution, in: Die Revolutionen von 1848/49. Erfahrungen – Verarbeitung – Deutung, herausgegeben von Christian Jansen und Thomas Mergel, Vandenhoeck & Ruprecht Göttingen, 1997, ISBN 978-3-525-01364-9, S. 75-96

Rüdiger Hachtmann

Vom Stand zur »Classe«

Selbstverständnis und Sprachverhalten
von Arbeitern und Gesellen, Unternehmern
und Meistern in der Berliner Revolution

Die großstädtische Revolution von 1848 war ein paradoxes Phänomen: Es bildeten sich Ansätze von *Klassenbewußtsein* und *Klassenorganisationen* heraus, ohne daß eine gemeinsame *Klassenlage* existierte, bevor moderne Klassen überhaupt entstanden waren.¹ Besonders sichtbar war dieses Paradoxon bei Arbeitern und Gesellen; abgeschwächt war es jedoch auch auf »Arbeitgeberseite«, bei »großen« Kaufleuten und den frühen industriellen Unternehmern zu beobachten. Für das Gros der Meister wiederum galt das Gegenteil: Sie idealisierten die »gute alte Zeit«, klammerten sich an die vormals korporativen Zwangsorganisationen, die Zünfte bzw. Innungen, und konservierten ein ausgeprägt ständisches Statusdenken.

Während Entstehungs- und Vorgeschichte von Klassen- und modernen Standesorganisationen im allgemeinen recht präzise zu datieren sind und sich auch ihre Wirkungsgeschichte rekonstruieren läßt, ist die Ausbildung eines Klassenbewußtseins empirisch schwerer zu fassen. Unter Klassenbewußtsein wird hier ganz allgemein das verhaltensprägende Bewußtsein verstanden, einer bestimmten gesellschaftlichen Großgruppe anzugehören, die durch eine im Grundsatz gleiche ökonomische Stellung innerhalb der einzelbetrieblichen Produktionsprozesse und/oder auf den Arbeitsmärkten charakterisiert ist und im Arbeitsalltag wie bei überbetrieblichen Sozialkonflikten anderen gesellschaftlichen Schichten mit fundamental divergierenden Interessen gegenübersteht. Im folgenden wird die Herausbildung neuer sozialer Mentalitäten bzw. der Grad der Beharrungskraft älterer ständischer Bewußtseinsmuster vor allem an drei miteinander verwobenen Indikatoren festgemacht: 1. an den sozialen Forderungen der einzelnen Berufsgruppen, 2. an

den Programmatiken, Erklärungen, Denkschriften usw. der standes- und berufsübergreifenden Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen sowie 3. am Sprachverhalten, an den Termini, die der Selbstcharakterisierung dienten, bzw. den Schlagworten, die zur Kennzeichnung des sozialen »Gegenübers« verwandt wurden.

Die folgenden Ausführungen gliedern sich in fünf Abschnitte. Im Zentrum stehen die Denk- und Verhaltensmuster der Arbeiter- und Gesellschaft: nämlich erstens ihre sozialen Forderungen, wie sie in den ersten beiden Monaten nach der Märzrevolution artikuliert wurden, dann der Richtungswechsel, zu dem im April 1848 die Gründung des »Central-Comités der Arbeiter« – eine der ersten modernen Arbeiterorganisationen im deutschen Raum – für die sozialpolitischen Vorstellungen in breiten Gesellen- und Arbeiterschichten führte, zweitens die sprachlich faßbaren Veränderungen im Verhältnis zur ökonomischen und politischen »Herrschaft«, sowie drittens die veränderte Selbstsicht und die gewandelte Kategorisierung des sozialen »Gegenübers«, wie es im Gebrauch neuer Schlagworte zum Ausdruck kam. Viertens werden die sozialpolitischen Wünsche der Handwerksmeister und schließlich das Selbstverständnis des Berliner Wirtschaftsbürgertums sowie das Agieren der Korporation der Kaufmannschaft Berlins während der Revolutionsmonate thematisiert.

1. Das Berliner »Central-Comité der Arbeiter« und die politische Neuorientierung der Arbeiter- und Gesellschaft

Angesichts der herausragenden Beteiligung von Gesellen und Arbeitern an den Barrikadenkämpfen des 18. März² mag vielleicht überraschen, daß ihre sozialen Forderungen anfangs im traditionellen Rahmen blieben. Deutlich wird dies anhand der Eingaben, die sie in den ersten Wochen nach der Märzrevolution verfaßten und an den Magistrat, die Staatsregierung, die Preußische und die Deutsche Nationalversammlung adressierten. Neben dem ziemlich allgemeinen Verlangen nach höheren Löhnen und geringeren Arbeitszeiten finden sich zahlreiche Forderungen, die eine zunächst weiterbestehende Fixierung

auf überkommene Zunftideale verraten und ganz ähnlich auch von Seiten der Meister vorgebracht wurden (vgl. Tabelle auf S. 92). Gut vierzig Prozent der petitionierenden Arbeiter und Gesellen verlangten eine Beschränkung der Zahl der Lehrlinge durch die staatlichen bzw. städtischen Behörden oder die wiederhergestellten Zünfte, etwa 15 % ein Verbot der Gewerbetätigkeit für nichtzünftige Meister sowie die Wiederherstellung des Innungs- bzw. Zunftzwanges, mehr als 7 % zumindest die Beschränkung des Einsatzes von Maschinen für gewerbliche Arbeit. Fast ein Drittel aller Gesellen und Arbeiter schließlich wollte ein Verbot oder zumindest die Beschränkung der Frauennarbeit erreichen, weil, so erklärten z. B. die Seidenwirker-Gesellen, die Arbeit in ihrem Handwerk »von Alters her niemals Frauenzimmern zukam« und »noch selten sich ergeben [habe], daß hieraus Vortheile für den Hausstand erwachsen«.³ Zwar brachten Gesellen und Arbeiter daneben auch »fortschrittliche« Forderungen vor, z. B. nach der Schaffung von Nationalwerkstätten bzw. Produktionsassoziationen. Gegenüber »rückwärts-gewandten« Vorstellungen hatten sie jedoch zunächst nur untergeordnete Bedeutung.

Klagen über die schlechten Arbeitsbedingungen und die große materielle Not waren zwar auch noch in der zweiten Hälfte des Jahres 1848 vielstimmig und lautstark zu hören. Die Erwerbslosigkeit blieb in Berlin während der zweiten Jahreshälfte weiterhin hoch. Dennoch ebte die Petitionsbewegung seit Anfang Mai ab; seit Sommerbeginn wurden seitens einzelner Gesellengruppen kaum mehr Eingaben formuliert. Der entscheidende Grund: die organisatorische Formierung der frühen Berliner Arbeiterbewegung. Keine vier Wochen nach der Märzrevolution gründeten 28 meist größere Gesellen-, Arbeiter- und Angestelltengruppen in Berlin das *Central-Comité der Arbeiter*. Stephan Born, der Präsident der neuen Vereinigung, nannte es Marx gegenüber eine Art »Arbeiterparlament«, in dem sich breite Schichten der Berliner Lohnabhängigen *selbständig* über die berufsständischen Grenzen hinweg zusammenfanden. Die organisatorische Formierung der frühen Arbeiterbewegung zog wiederum eine inhaltliche Neuorientierung breiter Arbeiter- und Gesellenschichten nach sich, wie sie sich radikaler kaum vorstellen läßt.

Seine Hauptaufgabe sah das Central-Comité darin, die »Interessen der Arbeiter untereinander und mit dem Staate« zu

vermitteln sowie »alle Maaßregeln« zu veranlassen, »welche die allgemeinen Arbeiterinteressen erheischen«. Konkret gefordert wurde u. a. die verbindliche Fixierung von Mindestlöhnen sowie festen Arbeitszeiten durch Kommissionen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, also im Grunde die Schaffung von Institutionen, die Tarifverträge vereinbarten, die Schaffung eines Arbeitsministeriums, die »Beschäftigung der Arbeitslosen in Staatsanstalten«, die »Errichtung von Musterwerkstätten durch den Staat« sowie die Versorgung »aller Hülfflosen« und »aller Invaliden der Arbeit« durch die Öffentliche Hand (wie man heute sagen würde). Ein bürgerlicher Sozialstaat war das Nahziel, eine sozialistische Gesellschaft »lediglich« das Fernziel.

2. Wie Arbeiter und Gesellen ihre Forderungen formulierten

Berlins Gesellen und Arbeiter gewannen seit Frühsommer erheblich an Selbstbewußtsein. Um dies angemessen würdigen zu können, ist es notwendig, zunächst ihre in den ersten Wochen nach der Märzrevolution formulierten Eingaben unter die Lupe zu nehmen. Liest man diese Petitionen, ist man erstaunt über die zahlreichen devoten Redewendungen: Die Tuchbereitergesellen unterbreiteten den städtischen Behörden »ergebenste Bitten« und hofften auf »geneigtes Gehör«. Die Posamentierer »verharrten in tiefster Ehrerbietung«. Die Bäcker etwa wollten in einer Mitte April abgefaßten Petition nicht »jene Freiheit mißbrauchen und die Zahl der unverschämten Forderungen vermehren«, sondern sich auch weiterhin »auf dem gesetzlichen Boden bewegen«. Die »vereinigten Gewerke der Stuhlmacher« betonten zum gleichen Zeitpunkt ihre »loyale Gesinnung, die uns alle aufrichtig beseelt«, »verharr[t]en in unerschütterlichem Vertrauen auf die geneigte Entscheidung eines oft geprobten Gerechtigkeitsgefühls [des] Hohen Staatsministerii« und zeichneten ihre »inständigsten Bitten« als »gehorsamste Gewerke«. Die Sammet- und Seidenwirker-Gesellen bekundeten »in tiefster Demuth und Ergebenheit« »kindliches Vertrauen« gegenüber dem »königlichen Vater« und den »weisen [Volks-]Vertretern, die auf den Ruf unseres verehrten Königs zusammentreten«. Selbst in den Augen dieser gebeugten Gesel-

lengruppen hatte die Märzrevolution immerhin etwas bewirkt: »Jetzt ist die schöne Zeit herangerückt, wo wir offen und mit Vertrauen alle unsere Wünsche unsere[m] großen Monarchen vorlegen können, wo wir uns demselben mit kindlichem Vertrauen n[ä]hern und [auf] Gewährung hoffen dürfen, [. . .]. Was sonst das Herz nur leise sich kaum zu denken erdreistete, kann es jetzt durch unseres Königs Gnade frei aussprechen.«⁴

Wie konnten Berliner Gesellen und Arbeiter, von denen viele am 18. März gegen das Militär auf den Barrikaden gestanden hatten, sich so der Obrigkeit, die ja unterhalb der Ministerebene weitgehend die alte geblieben war, anbiedern? Zunächst: Unterwürfiger Tonfall und Betonung der Gesetzlichkeit sind nicht in jedem Fall für bare Münze zu nehmen. Viele Gesellen waren des Lesens und Schreibens kaum kundig. Formvollendete Schriftstücke abzufassen, trauten sie sich nicht zu. In einer Reihe von Fällen wurden ihre Petitionen offensichtlich von Angehörigen bürgerlicher Berufe formuliert und niedergeschrieben. So lassen etwa die Unterschiede zwischen den häufig ungelentken Unterschriften des Altgesellen oder der Mitglieder von Gesellen-Komités und den in gestochener Schrift abgefaßten Texten mancher Petitionen auf die Inanspruchnahme eines professionellen Schreibers schließen. Aber auch wenn Gesellen eigenhändig Eingaben abfaßten, werden sie nicht selten aus Unsicherheit über die angemessenen Formulierungen untertänige Floskeln für den Anfang und den Schluß der Eingabe gewählt haben, weil sie glaubten, auf diese Weise bei den Adressaten für ihre Forderungen eher ein freundliches Ohr zu finden. Papier ist geduldig; Hauptsache, man erreichte, was man erreichen wollte.

Indessen dürfen die zitierten Redeweisen nicht generell zu Konzessionen an die sprachlichen Konventionen der Oberschichten abgetan werden, hinter denen die Gesellen ihre wirkliche Gesinnung verborgen hätten: Die in den Petitionen gewählten Worte waren teilweise ernst gemeint und z. B. bei den Bäckern Ausdruck einer konservativen Grundhaltung. Die Eingaben müssen zudem entlang interner Differenzierungslinien der Berliner Arbeiter- und Gesellschaft interpretiert werden. Ausgeprägt servile oder gar antirevolutionäre Sätze finden sich in den Petitionen der Berufsgruppen, die besonders schlecht bezahlt wurden, sofern sie überhaupt in Lohn und Brot standen: in weiten Teilen des Dienstleistungsgewerbes, bei Heim- und

Textilarbeitern, also Gruppen, für die neben niedrigen Einkommen außerdem zumeist hohe Erwerbslosigkeit, harte Arbeitsbedingungen und eine ausgeprägte Abhängigkeit vom Arbeitgeber charakteristisch waren.

Wortreiche Darstellung des eigenen Elends, die Selbstbeschreibung beispielsweise als »leichenähnliche Menschen, die von Noth, Sorge und übertriebener Arbeitskraft angegriffen einher wandeln«,⁵ waren Versuche, die Obrigkeit von der Notwendigkeit, Konzessionen zu machen, zu überzeugen. In anderen Fällen suchten Arbeitnehmer ihre »Herrschaften« für sich zu gewinnen, indem sie auf deren Franzosenhaß und Revolutionsphobie spekulierten und auf preußisch-deutsche Bodenständigkeit bauten. In seiner Erklärung vom 15. April kritisierte ein »Verein deutscher Köche zu Berlin« die »hohen und höchsten Herrschaften«, daß diese bisher »nur französischen Köchen die Ehre gegönnt« hätten. »Heut, wo die deutsche Kochkunst so große Fortschritte gemacht [...] hat, heute können wir mit jedem Franzosen in die Schranken treten. [...] Es ist die Zeit gekommen, wo Deutschland seine Suppen allein kochen kann. Es wird eine Kraftbrühe werden. In den französischen Küchen« werde dagegen »jetzt so manches gekocht, was einem ehrlichen deutschen Magen zuwider ist.«⁶ Eine wiederum andere Taktik verfolgten die Berliner Friseur-Gehilfen, deren Löhne am unteren Ende der Skala der Geselleneinkommen lagen. Sie bezeugten in einer Petition vom 5. April 1848 nicht nur unbedingte Loyalität der Obrigkeit gegenüber, sondern einen ausgeprägten Sinn für Recht und Ordnung, jedenfalls verbal: »Wenn ein Hochlöblicher Magistrat uns unsere Anliegen gütigst genehmigen und bestätigen wollen, wird von unserem Gewerke aus freudig alles gethan werden, was die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten kann, wir werden stets dankbar unserer gesetzgebenden Behörde, *stets und immer*, dienstbar zu ihrer Verfügung sein.«⁷

Extreme materielle Not zog (und zieht) keineswegs automatisch revolutionäres Bewußtsein nach sich. Allerdings finden sich in Einzelfällen in den Petitionen materiell schlecht gestellter Berufsgruppen neben Worten völliger Verzweiflung auch »mannhafte« Redewendungen: z. B. bei »sämmlichen Cattundruckern«, von denen nach eigenem Bekunden acht von zehn arbeitslos waren. Sie formulierten ihre Forderungen »im Vertrauen auf Deutsche Männer und mit der ganzen Hingebung

unseres Lebens [. . .]. So ist unser aller Verlangen: Brot oder Sterben.«⁸ Ansonsten verzichteten auf die üblichen devoten Floskeln vor allem die besserverdienenden Gesellen- und Arbeitergruppen, etwa Maschinenbauer und Buchdrucker/Schriftsetzer, sowie die den radikalen politischen Strömungen besonders zugeneigten Gesellen aus den Massenhandwerken wie Schneider und Tischler. Sie trugen selbstbewußt, manchmal mit einer gewissen Respektlosigkeit ihre Forderungen vor und verbanden sie nicht selten mit den durch die Märzrevolution erreichten »Errungenschaften«. Die Schneider beispielsweise forderten die Gesellen Berlins, ihre »theuren Mitbrüder«, ausdrücklich auf, die erst »zum Theil errungene Freiheit, Hand in Hand [. . .], zur Verbesserung unseres leiblichen und geistigen Wohles zu benutzen«.⁹ In diesen Formulierungen und ebenso in der Forderung nach »National-Werkstätten« und »freiem Assoziationsrecht auf Grundlage des allgemeinen deutschen Bürgerrechts« zeigt sich zugleich die Handschrift der Berliner Frühsozialisten.

Auch einzelne Angestelltengruppen, namentlich die Postbeamten, zeigten »aufrechten Gang«. Sie feierten die Märzrevolution mit den Worten: Endlich habe »ganz Deutschland nach langem Drucke die Fesseln einer selbstsüchtigen Politik mit Entrüstung von sich abgeworfen«, auch sie hätten »dem jetzt angebrochenen Tage der Freiheit und des Rechts mit Sehnsucht entgegengeharrt«. Nun wollten sie »zeigen, daß der Beamte nicht willenloses Werkzeug, sondern Mensch ist«.¹⁰ Die zitierten Arbeitnehmergruppen und ebenso die Maschinenbauer, die im Brustton der Überzeugung ihres sozialen und politischen Gewichtes ihre Forderungen vortrugen und wiederholt auch zu allgemeinpolitischen Entwicklungen Stellung bezogen,¹¹ sowie die gewerkschaftlich besonders aktiven Eisenbahnangestellten bildeten im Frühjahr 1848 freilich eher die Ausnahme als die Regel. In den meisten Petitionen fehlt ein radikaler oder auch nur selbstbewußter Tonfall.

Dies änderte sich, nachdem das »Central-Comité der Arbeiter« gegründet worden war und die frühe Arbeiterbewegung in immer breiteren Schichten der Gesellen- und Fabrikarbeiterschaft Fuß faßte. Stephan Born, Präsident des Arbeiterparlaments, hat das neue Selbstbewußtsein und die Probleme, die die bürgerliche Öffentlichkeit damit hatte, in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift »Das Volk« am 3. Juni 1848, in ein-

prägsame literarische Formulierungen gegossen, adressiert an das philanthropische, im Revolutionsjahr dann vielfach von sozialer Panik und Kommunismus-Furcht gepeinigtes Bürgertum: »Aus der Nachtigall ward ein Geier, der Euch seine scharfen, spitzen Krallen zeigt, und der ›gebildete Arbeiter‹, den Ihr in Eure Salons geführt, er ist entweder zu einem Schurken oder zu einem Volksführer geworden.« »Ihr habt Alle ein Herz für jeden Unglücklichen, so lange er als solcher auftritt, so lange er bettelnd vor Eurer Thüre steht; Ihr reichet ihm gern Euren Groschen und freuet Euch darüber, daß Ihr noch mächtig genug seid, eine Thräne zu trocken, Eurem Mitgefühl seinen Zoll zu geben. [...] Ja, so lange der Bettler noch ein Bettler ist, so lange Ihr keiner Gefahr gegenüber steht, seid Ihr immer Helden, Helden der Wohlthätigkeit oder des Liberalismus.« Nun jedoch sei »der Bettler kein Bettler mehr; er will kein Almosen mehr, er will ein Leben, er will Arbeit, er will Genuß der Arbeit«.

Gewiß dachte nicht jeder Geselle der Preußenmetropole wie Born. Aber Born sprach auch nicht nur für sich. Bereits zu dem Zeitpunkt, als er diese Zeilen formulierte – noch vor dem Berliner Zeughaussturm, der Pariser Junischlacht und der damit einhergehenden politisch-sozialen Polarisierung –, war Born die unbestrittene Führungsfigur der Berliner Arbeiterbewegung. Das Selbstbewußtsein, das aus seinen Zeilen spricht, begannen viele, mit ihm zu teilen. Nur in den ersten Wochen nach der Märzrevolution suchten sich zahlreiche Gesellengruppen, befangen in devoten Verhaltensmustern des Vormärz, mit unterwürfigen Floskeln und herzerweichenden Elendsschilderungen Mitgefühl und Wohltätigkeit zu »erbetteln«. Seit Mai/Juni verlangte man mit unmißverständlichen Worten, was man als legitimes Recht ansah.

3. Veränderte Selbstsicht der Gesellen und Arbeiter und gewandelte Kategorisierung des sozialen »Gegenübers«

In welchem Maße ein berufsübergreifendes Bewußtsein Wurzeln schlug, welches die Arbeitswelt vor allem in »Arbeiter« und »Capitalisten« gespalten sah, ist auch den Berichten über die in Berlin zahlreichen, mitunter nach zehntausenden Teil-

nehmern zählenden Volksversammlungen während des Revolutionsjahres zu entnehmen. So klagte z. B. der Schriftsetzer und spätere preußische Abgeordnete Julius Brill auf einer großen Arbeiterversammlung am 26. März mit Blick auf die »Vornehmen« und »Reichen«: »Für den Arbeiter thaten sie Nichts, für den Arbeiter, der ihnen doch Alles, von ihrem Unterhalte bis auf ihren Luxus, schaffte. [...] Der Arbeiter aber ist die Grundlage der Gesellschaft, und weil diese jetzt geändert ist, muß die ganze Gesellschaft [...] umgestaltet werden.« Brill ernannte für diese Sätze »langen, stürmischen Beifall«. ¹² Die Zuhörer, darunter Tausende von Gesellen, kannten den Begriff des »Arbeiters« also nicht nur, sondern teilten auch den ihm von Brill unterlegten Bedeutungsgehalt. In welchem Umfang Begriffe wie »Arbeiter«, »arbeitende Classe« und ähnliche Termini in die Alltagssprache Eingang fanden, zeigt außerdem der Blick in die Berliner Arbeiterpresse, in die radikaldemokratischen Periodika sowie in die von den Gesellen und Arbeitergruppen verfaßten Petitionen. Selbst die Gesellen eines noch recht traditionell handwerklich strukturierten Gewerbes wie der Töpferei bezeichneten sich unmißverständlich als »Arbeiter«; sogar für die konservativen Bäckergesellen war »Arbeiter-Classe« ein selbstverständlicher Terminus. ¹³

Allerdings wurden die Begriffe »Arbeiter« und »arbeitende Classen« nicht immer in einem »exakten« Sinne verwendet; sie konnten auch zumindest einen Teil der Meister (in der Regel: die »kleinen«) einschließen. Das wurde jedoch zunehmend seltener. Im allgemeinen suchten die Gesellen und Arbeiter, wenn sie diese Begriffe verwendeten, damit ihrer neuen Identität Ausdruck zu verleihen. Mit dem Wort »Arbeiter« wurden die ständischen Abgrenzungen sprachlich aufgebrochen, ¹⁴ ließ sich die Bedeutung, die der Redner oder Schreiber der Spaltung der Gesellschaft entlang der sich allmählich herausbildenden Klassenlinien beilegte, schlagwortartig ausdrücken. Während der Begriff »Arbeiter-Classe« in den allgemeinen Sprachgebrauch zunehmend Eingang fand, und nicht zuletzt vom »Central-Comité der Arbeiter« aufgenommen und extensiv benutzt wurde, ¹⁵ läßt sich der Terminus »Arbeiterbewegung« im Umkreis der Berliner Arbeiter- und Gesellenorganisationen erst seit Ende 1848 nachweisen. ¹⁶

Während der Begriff »Arbeiter« positiv besetzt war, wehrten sich Gesellen und Arbeiter auf der anderen Seite gegen pejora-

tiv eingefärbte Begriffe wie »Pöbel« oder auch »Proletariat«. Redner, die z. B. auf der mehr als zehntausend Teilnehmer zählenden Volksversammlung vor dem Schönhauser Tor vom 26. März von den Unterschichten als »Proletariern« sprachen, entfachten »Lärm«. Lautstarken Widerspruch erntete namentlich der Schreiber Zachariä mit seiner Aufforderung, »die Tagelöhner möchten sich zu einem Proletarierbunde vereinigen«. Die Versammlungsteilnehmer drängten »den Redner, das Wort ›Proletarier‹ zurückzunehmen«, was dieser zunächst auch tat. Als Zachariä später erneut das Wort »Proletarier« verwendete, kam es wiederum zu »Zeichen des Mißfallens in der Versammlung«. Die Spenersche Zeitung berichtete mit Blick auf diesen symptomatischen Vorfall sogar, die Versammelten hätten »einstimmig erklärt, daß das Wort *Proletarier* nicht mehr vorkommen solle, ebensowenig das Wort *Pöbel*«. ¹⁷ Verständlich war diese unmißverständliche Distanzierung deshalb, weil das durch die Zusammenballung großer »Proletarier«-Massen in der preußischen Hauptstadt verängstigte Bürgertum beide Begriffe mit unüberhörbar diskriminierendem Unterton verwendete. Für einzelne Arbeiter und Gesellen war der Begriff »Proletariat« freilich bereits im Revolutionsjahr positiv aufgeladen. ¹⁸

Ähnlich wie Bürgertum und Mittelstand pauschalisierende Termini verwendeten, um die schlechter gestellten Bevölkerungsschichten »auf den Begriff« zu bringen, begannen die »Arbeiter«, i. e. Gesellen, frühe Fabrikarbeiter, Handlungsdiener und Privatbeamte, ihre Arbeitgeber mit verallgemeinernden Kategorien zu benennen. Fabrikanten und »große« Meister wurden häufiger als »Capitalisten«, »Capital« etc. bezeichnet. ¹⁹ Allerdings, das zeigt der Blick in die ausführlichen Berichte über die Arbeiterversammlungen Ende März und Anfang April, verwendeten die »Arbeitsleute« den Terminus »Capitalist« seltener als »Arbeitgeber«, »Fabrikherr« oder »Meister«, während der »Geselle« durch den Ausdruck »Arbeiter« verdrängt wurde. Von der bürgerlichen Presse schließlich, das sei hier nur angemerkt, konnte der Begriff »Kapitalist« durchaus auch in einem positiven Sinne verwandt werden, etwa im Sinne von »Börsianer« und »Finanzmann«. ²⁰

So unscharf die Termini »Arbeiter« und »Capitalist« auch benutzt wurden, der Abstraktionsgrad der beiden Begriffe, einschließlich der davon abgeleiteten Wortkombinationen, und die häufig schroffe Gegenüberstellung der beiden neuen sozialen

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Zentralkategorien waren Ausdruck tiefgreifender Bewußtseinswandlungen, hin zu einem dichotomischen »Classes«-Bewußtsein. Wenn Gesellen und Arbeiter in diesen neuen Begriffen sprachen und um sie herum ihre sozialen und politischen Argumentationen aufbauten, dann artikulierte sich darin ein Bewußtsein der Stärke, das Gefühl, schon rein zahlenmäßig der Gegenseite, den »Capitalisten«, mit erhobenem Haupt und, was die konkreten Anliegen anbelangte, mit Aussicht auf dauerhaften Erfolg gegenüberzutreten zu können.

Zu diesem neuen Selbstbewußtsein trugen wesentlich die seit der Märzrevolution schlagartig vervielfachten, im Vergleich zu »normalen« Zeiten überaus zahlreichen und vielschichtigen Auseinandersetzungen zwischen den sozialen Kontrahenten bei: Ohne Klassenkonflikte, die noch von ständischen Mustern überformt sein konnten, kein Klassenbewußtsein. Ihren zugespitzten Ausdruck fanden sie in einer Welle, von der staatlichen und städtischen Obrigkeit zunächst nicht restringierter Arbeitsniederlegungen.²¹

4. Zum Sprachverhalten und zur Selbstsicht der Handwerksmeister und Unternehmer

Ein solches Selbstbewußtsein besaßen die meisten Meister nicht: Sie waren vielmehr erheblich verunsichert und sahen sich durch die Wünsche der Gesellen in ihrer Existenz bedroht. Sie fürchteten ein Weitertreiben der Revolution durch die demokratische und die Arbeiterbewegung ebenso wie die von den meisten Liberalen favorisierte schrankenlose Entfaltung des Kapitalismus. Im Unterschied zu einem großen Teil der Arbeiter- und Gesellschaft änderte sich an ihrer Grundeinstellung kaum etwas, und wenn, dann verhärteten sich die anfänglich eher vorsichtig geäußerten Positionen. In ihrer überwiegenden Mehrheit, das soll hier nur resümiert werden, strebten sie eine Rücknahme der Industrialisierung an: die Einschränkung der Gewerbefreiheit, den Ausschluß der unqualifizierten Konkurrenz, der sog. Pfüscher, den Schutz vor auswärtiger Konkurrenz, die Zwangsmitgliedschaft in der Innung, die Beschränkung des Maschineneinsatzes und der Frauenarbeit, strikte Ab-

grenzung der Gewerke untereinander sowie die Aufhebung des Verlagsystems, von dem viele Kleinmeister abhängig geworden waren – alles Forderungen, die andernorts mit ähnlicher Vehemenz vorgetragen wurden.

Die Mehrheit der Meister hielt, in Berlin und ebenso den meisten anderen Städten, verbissen an ihrem Status fest. »Größere« Meister – zahlenmäßig eine kleine Minorität – lehnten sich dagegen an das eigentliche Wirtschaftsbürgertum an. Sie bezeichneten sich mitunter selbst als »Arbeitgeber«,²² nannten, allerdings selten, darüber hinaus ihren sozialen Gegenpart »Arbeiter« oder »Arbeitnehmer« – und brachten damit zum Ausdruck, daß sie nicht mehr als Meister im traditionellen Sinne dachten und handelten.²³ Ein Teil der proletaroiden Meister dagegen bezeichnete sich umgekehrt als zu den »arbeitenden Classen« gehörig und nannte seinerseits die industriellen Unternehmer, Großkaufleute und Bankiers »Spekulanten«, »Wucherer«, »Kapitalist« oder – wortschöpferisch – »Großbrodherrn«; sie sprachen etwa von »Herrschaft des Geldes« und dokumentierten so, daß sie sich des tiefen sozialen Grabens bewußt geworden waren, der zwischen ihnen und der eigentlichen Wirtschaftsbourgeoisie klaffte.²⁴ Insgesamt jedoch stand das gewerbetreibende Kleinbürgertum auch in der eigenen Wahrnehmung zwischen den Fronten. Das Gros der Meister blieb darüber hinaus in seinem Organisationsverhalten konservativ. Je stärker der Boden zu wanken schien, desto fester schlossen sie sich an die Innungen an.

Während Gesellen und Arbeiter in der Revolution zu einem Selbstbewußtsein fanden, das auch durch die Repression der folgenden eineinhalb Jahrzehnte nicht vollständig zerstört werden konnte, die Meisterschaft umgekehrt durch die Ereignisse des Revolutionsjahres in hohem Maße irritiert wurde, viele kleine Selbständige aus ihrer traditionellen mentalen Verankerung gerissen wurden, sich deshalb jedoch nur um so enger an die Obrigkeit klammerten, wurde das Selbstgefühl der Unternehmer durch die Ereignisse und Entwicklungen des »tollen Jahres«, abgesehen von einer anfänglichen, kurzzeitigen Verunsicherung, nicht grundsätzlich tangiert.

Im Unterschied sowohl zu den Gesellen und Arbeitern als auch zu den Meistern hatten es die Korporation der Kaufleute Berlins (KKB)²⁵ als das Sprachrohr der »Oberschicht« des Berliner Wirtschaftsbürgertums und ihre Führungscrew, die »Älte-

sten« der KKB, nicht nötig, förmliche Petitionen zu verfassen, um die Obrigkeit zu einem Handeln in ihrem Sinne zu veranlassen. Die Ältesten der KKB konnten auf wirkungsvolle informelle und eingespielte direkte Kanäle sowohl zum Magistrat als auch zu den zuständigen Ministerien zurückgreifen. Eine machtvolle Position und ein ausgeprägtes Selbstbewußtsein hatte der Führungskreis der KKB schon in den Jahrzehnten zuvor ausgebildet; die Ältesten verstanden sich immer als gleichberechtigte Partner und Ratgeber der formell vorgesetzten Behörden.

An der starken Position der KKB und der Ältesten änderte sich während der Revolutionsmonate nichts. Eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse stand nicht auf dem Programm der revolutionären Bewegung Berlins. Die Berliner Korporation, überhaupt selten im Rampenlicht der Öffentlichkeit, geriet während des Revolutionsjahres zu keinem Zeitpunkt ins Visier oppositioneller Bewegungen. Obwohl an ihrer konservativen Grundhaltung kein Zweifel bestehen konnte, verstanden es die Ältesten geschickt, sich nach außen hin, und solange die politischen Kräfteverhältnisse unentschieden waren, den Zeitverhältnissen anzupassen. So blieben am 22. März, dem Tag der Beerdigung der gefallenen Barrikadenkämpfer, die Börse (und auch die Preußische Bank) geschlossen. Außerdem hatten die Ältesten die Mitglieder der KKB aufgefordert, möglichst zahlreich zur »erhabenen Bestattungsfeierlichkeit« zu erscheinen²⁶ – um sich nicht außerhalb der politischen Bewegung zu stellen. Auch während der Endphase der Berliner Revolution lavierten Älteste und KKB zwischen den politischen Kontrahenten. In dem Konflikt zwischen Krone und Preußischer Nationalversammlung in der ersten Novemberhälfte 1848 exponierten sie sich zunächst nicht. Sie bezogen politisch erst Position, nachdem die Auseinandersetzung zugunsten der Krone und des Ministeriums Brandenburg entschieden war.²⁷

Auch wenn sich die KKB in den Revolutionsmonaten mit *öffentlichen* Stellungnahmen zurückhielt, durften sich der Magistrat sowie die staatlichen Behörden einer grundsätzlichen Unterstützung der Korporation sicher sein. Beide Seiten waren natürliche Verbündete; beiden war von Anfang an daran gelegen, daß sich die politischen Verhältnisse im konservativen Sinne stabilisierten. Nach außen hin »unpolitisch«, machten die Ältesten intern, in unpublizierten Eingaben etc., aus ihrer Grund-

haltung keinen Hehl. Angesichts der »Gefahr, mit welchen unter den gegenwärtigen, alle socialen Verhältnisse tief erschütternden Zeitereignissen, das Eigenthum, der Wohlstand, ja sogar die Personen der Privaten bedroht« seien, forderte die Führung der kaufmännischen Korporation Berlins bereits Mitte Mai vom Staatsministerium, »Ruhe im öffentlichen Leben und das gewichene Vertrauen zur öffentlichen Handhabung der Gesetze« wieder herzustellen. »Wir halten die Anwendung der energischsten Maßnahmen für gebieterisch notwendig, um die offenbar eingetretene, geschwächte Autorität der Behörden kräftig wieder herzustellen und dem Gesetz die verlorene volle Achtung wieder zu verschaffen.« Andernfalls drohten »Auflösung aller socialen Verhältnisse, allgemeiner Nothstand« und »die Schrecknisse der Anarchie«. Deshalb müsse »die Regierung der moralischen Einwirkung ihrer Autorität die physische Kraft zugesellen und daher nicht nur Gesetze erlassen, welche die Sicherheit des Eigenthums und der Personen außer Frage stellen, sondern auch diesen Vorkehrungen durch materielle Macht denjenigen Nachdruck geben, welchen die Umstände so dringend erheischen«. ²⁸

Hinter den Kulissen suchte die KKB also unverblümt für die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung zu wirken. Sie stärkte der Obrigkeit den Rücken, als diese seit April 1848 daran ging, die Märzerrungenschaften wieder aufzuheben. Dafür konnte die Korporation auf die stillschweigende Unterstützung der städtischen und staatlichen Behörden setzen, als sie – quasi als Arbeitgeberverband der »größeren« Berliner Kaufleute – im späten Frühjahr Forderungen der knapp fünftausend Handlungsdienner der preußischen Hauptstadt nach einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen pauschal und kompromißlos zurückwies. Sie benutzte dabei geradezu klassische wirtschaftsliberale Argumente: Den Wünschen der Handlungsgehilfen nachzugeben, heiße »den Ursprung und die Kraft der [Arbeits]Verträge außer Acht zu lassen«. Akzeptieren könne man nur individuelle Arbeitsverträge auf »Basis der gegenseitigen freien Einwilligung«. Alles andere sei »mit dem Prinzip der Freiheit in dem ächten Sinn« unvereinbar. ²⁹

Der modern anmutenden, wirtschaftsliberalen (und im übrigen erfolgreichen) Argumentation der KKB korrespondierte eine »Modernisierung« des Bewußtseins der breiten Unternehmerschaft. Während die Ältesten der KKB qua Funktion gegen-

über neuen Entwicklungen schon frühzeitig aufgeschlossen waren und sich lange vor 1848 von vorbürgerlichen Ideologien gelöst hatten, markiert das Revolutionsjahr für das Gros der Unternehmerschaft einen wichtigen Einschnitt. Von diesem Zeitpunkt an bildeten sie deutlicher als zuvor eine für industrielle Gesellschaften typische Arbeitgeber-Mentalität aus, die auf die Gemeinsamkeiten der »Classe« ungeachtet der jeweiligen Berufszugehörigkeit abhob. Seit 1848 verzichteten namentlich die Berliner Textilunternehmer auf die vorher übliche spezielle Berufsbezeichnung und nannten sich statt dessen schlicht »Fabrikanten«.³⁰ Darin spiegelte sich wider, daß den Unternehmern im engeren Sinne bewußt geworden war, wie sehr ihre sozialökonomische Stellung – allen Grauzonen zwischen Industrie und Handwerk zum Trotz – sich von der der »normalen« Meister unterschied. Die Revolution und in ihrem Gefolge die zahlreichen Arbeitskonflikte hatten das Bewußtsein auch für diese Differenz geschärft. Verwendung fanden außerdem abstrakte Begriffe wie »Besitz« und »Kapital«, die gemeinsame Unternehmereigenschaften bezeichneten.³¹ Während des Vormärz hatten die Unternehmer die sozialökonomischen Trennungslinien zwischen Handwerk und Industrie terminologisch noch nicht so klar gezogen; bis zur Revolution sprachen die Unternehmer unter Einbeziehung der kleineren Selbständigen von »Handels- und Gewerbestand«, »Handels- und Fabrikantenstand« oder »Kaufleuten«. Der Veränderung der Selbstsicht seit der Revolution und einer verstärkten Abgrenzung nach unten entsprach immer stärker ein Denken im Zwei-Klassen-Schema. Deutlich wird dies daran, daß Industrielle seit der Märzrevolution ihren sozialen Gegenpart zunehmend als »Arbeiter« oder »Arbeitnehmer« bezeichneten.³²

Zu berücksichtigen ist freilich, daß es sich 1848 um den Beginn eines Prozesses handelte, der nicht bruchlos war, keineswegs sämtliche Individuen der jeweiligen Sozialschicht erfaßte und in den folgenden Jahren zu keinem Abschluß kam. In der »Oberschicht« des Wirtschaftsbürgertums sowie bei den im »Central-Comité der Arbeiter« bzw. in der Arbeiterverbrüderung organisierten Gesellen- und Arbeitergruppen waren die Änderungen im Sprachverhalten und damit im Selbstverständnis am stärksten zu spüren. Daß der Klassenbildungsprozeß im Revolutionsjahr andererseits an bestimmte Grenzen stieß, drückte sich in der, auch auf individueller Ebene beobachtbaren

Unsicherheit im Gebrauch der zentralen Sozialkategorien aus. Stärker zeigte es sich jedoch darin, daß zahlreiche Gesellen während des ganzen Revolutionsjahres weiterhin traditionellen, berufsständischen Denk- und Verhaltensmustern nachhingen. Der große Zulauf, den der konservative, gegen Ende des Revolutionsjahres knapp tausend Mitglieder zählende Berliner Handwerkerbund verzeichnen konnte, zeigt, daß diese Strömung stark blieb. Namentlich Gesellen des Nahrungsmittelgewerbes – die zitierte Petition der Bäcker steht hier exemplarisch – blieben konservativ geprägt.³³

Wie weit die skizzierten Bewußtseinswandlungen allen Einschränkungen zum Trotz jedoch bis zum Ende der Revolution gediehen waren, zeigt der Blick auf eine andere Gesellenschicht, die traditionell gleichfalls eher konservativen Maurer und Zimmerer. Anfang 1849, also *nach* der Revolution, wiesen die Altgesellen der Maurer und Zimmerer namens der von ihnen vertretenen Berufsgruppen nicht auf die Sondersituation ihres Gewerbes, sondern ausdrücklich auf die »elenden Zustände der *gesamten* arbeitenden Klasse« hin. Gegen eine drohende Lohnkürzung setzten sie die Losung: »Ruhe und Ordnung wird nicht eher wieder zurückkehren, bis der Arbeiter aus diesen trostlosen Zuständen erlöst wird.«³⁴ Wie bedeutsam die sich im Revolutionsjahr seit dem späten Frühjahr abzeichnenden Wandlungen hin zu einem dichotomischen Bewußtsein waren, läßt sich schließlich daran ablesen, daß der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten Patow Anfang Mai 1848 in einer Verordnung quasi regierungsoffiziell von der »Klasse der Arbeitgeber« und der »Klasse der Arbeiter« sprach.³⁵ Für die Herausbildung nicht nur »moderner« Klassenorganisationen, sondern auch eines für entwickelte Industriegesellschaften des späten 19. und (zumindest) des frühen 20. Jahrhunderts typischen Klassenbewußtseins kam der Revolution von 1848 also eine epochale Bedeutung zu – jedenfalls in Berlin und einigen weiteren industriellen Zentren. Den meisten Städten stand diese Entwicklung freilich erst noch bevor.

In der Tabelle auf S. 91 sind die Forderungen, wie sie in den Petitionen der Berliner Gesellen- und Arbeitergruppen im Frühjahr 1848 formuliert wurden, zusammengefaßt. Die Berufsgruppen waren freilich unterschiedlich groß; so gab es 1848 in der preußischen Hauptstadt beispielsweise 3.620 Schneidergesellen, dagegen nur 30 Brunnenmacher. Um die Bedeutung

Table: Forderungen der Berliner Gesellen- und Arbeitergruppen in der Revolution von 1848 (19. März bis Anfang Mai 1848)^{a)}

	Zahl der peti- gewichtet tionierenden nach abhängig Berufsgruppen Beschäftigten ^{b)}	
Arbeitszeitverkürzung	38	88,9%
Verbot- bzw. Beschränkung der Sonntagsarbeit	6	35,0%
Lohnerhöhung; Mindestlohn	35	77,6%
Abschaffung bzw. Begrenzung der Akkordarbeit	7	30,9%
Kündigungsschutz (entweder Verlängerung oder Kürzung der Kündigungsfristen)	9	35,4%
Verbot bzw. Beschränkung der Frauenarbeit	14	31,4%
Beschränkung der Zahl der Lehrlinge	21	42,0%
Verbot bzw. Einschränkung der Maschinenarbeit	8	7,1%
Verbot der Beschäftigung unqualifizierter (männlicher) Arbeiter	11	17,6%
Verbot der Beschäftigung (und zum Teil: Ausweisung) fremder Arbeiter	11	25,2%
Aufhebung der Wanderbeschränkungen	6	14,6%
Mitsprache der Gesellen in Innungs- angelegenheiten	6	21,9%
Zunft- bzw. Innungszwang; Verbot der Gewerbetätigkeit für »Pfuscher«	7	15,1%
Verbot gewerblicher Produktion in Straf- anstalten, Arbeitshäusern etc.	9	21,4%
Aufhebung bzw. Einschränkung der Gewerbe- freiheit; Einfuhrverbot bzw. hohe Zölle	8	17,5%
Bildung eines Arbeitsministeriums	4	10,5%
Einrichtung von Nationalwerkstätten	4	19,0%
Schaffung von Bildungsanstalten für Gesellen; Verbesserung der Volkserziehung	5	28,5%
Verbesserung der medizinischen Versorgung; Errichtung eines Arbeiterinvalidenhauses; Krankenkasse in Selbstverwaltung	10	21,4%
	51	100,0%
		(= 39 320)

^{a)} Einzige, auf einen späteren Zeitpunkt datierte Eingabe: Zweite Petition der Wasser- und Dampfmüller vom 18. Sept. 1848.

^{b)} In v. H. der Gesellen sämtlicher Berufsgruppen. Arithmetisches Mittel aus den Ergebnissen der Berufszählungen 1846 und 1849 (gerundet).

Quelle: LAB StA, Rep. 16, Nr. 67, Bde. I bis V; Rep. 200-01, Nr. 143, Bl. 15-16 Rs.; GStA PK, Rep. 120, Nr. 60, Bd. III, Bl. 292 u. Rs.; »Deutsche Arbeiter-Zeitung«; »Volks-Stimme« und Berliner Tagespresse; Rüdiger Moldenhauer, Die Petitionen aus der Stadt Berlin an die Deutsche Nationalversammlung, in: Archiv für Frankfurts Kunst und Geschichte H. 54/1974, S. 217 f.

der jeweiligen Forderung für die Gesamtheit der Berliner Lohnabhängigen Gruppen, die Petitionen formulierten, zu veranschaulichen, wurden in der zweiten Spalte die Forderungen nach der Größe der Berufsgruppen, von denen sie vorgetragen wurden, gewichtet.

Lesebeispiel: Sieben Berufsgruppen forderten die Abschaffung bzw. Begrenzung der Akkordarbeit; der Anteil dieser sieben Berufsgruppen an der Gesamtheit der lohnabhängig Beschäftigten lag bei 30,9 %. Acht Berufsgruppen forderten ein Verbot bzw. die Einschränkung der Maschinenarbeit; da es sich um kleinere Gesellengruppen handelte, lag der Anteil dieser acht Berufsgruppen an der Gesamtheit der petitionierenden Lohnabhängigen bei nur 7,1 %. Lediglich vier Berufsgruppen forderten nach Pariser Vorbild die Errichtung von Nationalwerkstätten; da zu diesen vier Berufsgruppen auch die zahlenmäßig starken Schneider- und Tischlergesellen gehörten, lag der Anteil dieser vier Berufsgruppen, die Nationalwerkstätten forderten, zusammen bei immerhin 19,0 %.

Anmerkungen

1 Es ist hier nicht der Ort, die Kategorie »Klasse« und die damit verbundenen unterschiedlichen Konzepte ausführlicher zu diskutieren. Zum Verständnis der folgenden Ausführungen ist allerdings wichtig festzustellen, daß »Klassenbildung« vor allem auf drei Ebenen stattfindet: 1. Herausbildung einer gemeinsamen sozialen Lage, definiert über gemeinsame Ausgangspositionen auf dem Arbeitsmarkt und/oder ähnliche Stellung im einzelbetrieblichen Produktionsprozeß; 2. Entwicklung eines Klassenbewußtseins; 3. Entstehung von Klassenorganisationen wie Gewerkschaften und Arbeiterparteien, in denen eine größere Zahl von Arbeitnehmern organisiert ist und mit denen sich ein beträchtlicher Prozentsatz der Arbeitnehmer identifiziert.

2 Gut 85 % der knapp neunhundert zwischen dem 13. und 19. März 1848 vom Militär getöteten, verletzten und gefangengenommenen Berliner (Barrikadenkämpfer), deren Beruf bekannt ist, gehörten den sozialen Unterschichten an. Innerhalb der Unterschichten waren wiederum Handwerksgesellen deutlich überrepräsentiert. Vgl. im einzelnen: Rüdiger Hachtmann, Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997, S. 174–179, bes. Tab.3. Zur sozialen Zusammensetzung der Berliner Gesamtbevölkerung und Erwerbstätigen vgl. ebd., S. 70–81.

3 Zitate: Petition der Seidenwirker-Gesellen vom 2. April 1848, in: Lan-
Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

desarchiv Berlin, Außenstelle Breite Straße (LAB StA), Rep. 16, Nr. 67, Bd. IV, Bl. 104. Beispiele weiterer, ähnlicher »Argumentationen«, wie sie auch andernorts vorgetragen wurden, finden sich in: Rüdiger Hachtmann, »... nicht die Volksherrschaft auch noch durch Weiberherrschaft trüben« – der männliche Blick auf die Frauen in der Berliner Revolution von 1848, in: Werkstatt Geschichte 7 (1998), Heft 21.

4 In: LAB StA, Rep. 16, Bd. II, Bl. 3, 44; Bd. III, Bl. 8, 133, 136; Bd. IV, Bl. 96–97 Rückseite (Rs.), 114 Rs. Mit devoten Floskeln gespickte Eingaben verfaßten auch andere lohnabhängige Berufsgruppen, z. B. die Weißgerber, die Tabakspinner, die Kellner, die Barbieri, die Tuschscherer und die Arbeiter der Zuckerfabriken in Eingaben vom 30. März, 9. und 12. April, 7. Juli 1848 bzw. undat. (Mitte bzw. Ende April), in: ebd., Bd. I, Bl. 112 u. Rs.; Bd. II, Bl. 73 ff.; Bd. III, Bl. 1, 25–27, 238.

5 So die Seiden- und Sammetwirker, in: ebd., Bd. IV, Bl. 96 Rs. f.

6 Nach: Adolf Wolff, Berliner Revolutionschronik. Darstellung der Berliner Bewegungen im Jahre 1848 nach politischen, socialen und literarischen Beziehungen, Bd. II, Berlin 1852, S. 353. Ob sich einzelne »Herrschaften« durch die Erklärung von ihrer verständlichen Vorliebe für französische Küche abbringen und für preußisch-deutsche Kraftbrühen gewinnen ließen, ist mir nicht bekannt.

7 In: LAB StA, Rep. 16, Bd. V, Bl. 127 u. Rs. (H. i. O.). Zu den Tagesverdiensten der verschiedenen Lohnabhängigengruppen vgl. die bei Friedrich Saß, Berlin in seiner neuesten Zeit und Entwicklung, Leipzig 1846 (ND Berlin 1983), S. 164 ff. abgedruckte Lohntabelle für 1845.

8 Petition der Kattundrucker vom 26. März 1848, in: LAB StA, Rep. 16, Bd. IV, Bl. 168 u. Rs.

9 Aufruf des Comité der Schneidergesellen vom 19. April, in: Deutsche Arbeiter-Zeitung (DARZ), 23. April 1848.

10 Gründungserklärung des »Vereins der Berliner Postbeamten«, in: DARZ, 13. Mai, sowie National-Zeitung (NZ), 19. April 1848.

11 Vgl. Hachtmann, Berlin 1848, S. 255, 411–414 und 736 f.

12 Brill auf der Volksversammlung vom 26. März 1848, nach: Wolff, I, S. 436 f.

13 Petitionen der Töpfergesellen, undatiert (Anfang Mai 1848), und der Bäckergesellen, undatiert (Mitte April), in: LAB StA, Rep. 16, Nr. 67, Bd. III, Bl. 8 bzw. 163.

14 Verwendung fand auch der Begriff »Arbeiterstand«, z. B. durch ein Mitglied des »Bundes der Kommunisten«, den Schneider Michaelis, während einer Sitzung des »Central-Comités der Arbeiter« am 11. April 1848. Er besaß eine ähnliche Bedeutung wie »Arbeiter-Classe«, sollte darüber hinaus jedoch signalisieren, daß »man« sich – ähnlich wie vorher das Bürgertum – als *neuer* »allgemeiner Stand« sah. Der Ausdruck wurde indes eher ausnahmsweise gebraucht. Vgl. außerdem Petition der Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten vom 16. April 1848, in: ebd., Bd. II, Bl. 141 f.

15 In dem von Born formulierten Programm des Central-Comités vom 23. April 1848 finden sich an zentraler Stelle die Worte »Arbeiterklasse«, »arbeitende Klasse« und »zwei scharf getrennte Volksklassen: Kapitalisten und Arbeiter«. Auch unter radikaldemokratischen, linkshegelianischen In-

tellektuellen wurde er völlig selbstverständlich verwandt. Vgl. etwa den Aufsehen erregenden Artikel des radikaldemokratischen Journalisten Gustav Julius in der von ihm herausgegebenen »Berliner Zeitungshalle«, 23. März 1848, und die Kontroverse, die er auslöste: Hachtmann, Berlin 1848, S. 231 ff.

16 Der Begriff »Arbeiterbewegung« taucht zuerst in Artikeln von Born in der Zeitschrift »Arbeiterverbrüderung«, 3. und 31. Okt. 1848 auf. Wesentlich früher wurde er von Marx benutzt: 1844 in den »Kritischen Randglossen zu dem Artikel eines Preußen«, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 1, Berlin 1972, S. 404. Im gleichen Jahr findet er sich außerdem in der »Mannheimer Arbeiter-Zeitung«; vgl. Werner Conze, Arbeiter, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 229 f.

17 Nach: Spenersche Zeitung (SZ), 31. März 1848 (H. i. O.). Das Wort »Plebejer«, selten verwendet, wurde dagegen in einem positiven Sinne gebraucht, etwa vom einflußreichen Schneidergesellen und Frühsozialisten Christian Lüchow, wie Born und eine Reihe weiterer Repräsentanten des »Central-Comités der Arbeiter« ein Mitglied des »Bundes der Kommunisten«; vgl. Christian Lüchow, Die Organisation der Arbeit und deren Ausführbarkeit, Berlin 1848, S. 4.

18 Vgl. z. B. ebd., S. 6 f. An das Ende seiner Schrift (S. 32) stellte Lüchow gar ein »Proletarier-Vater-Unser«.

19 Vgl. z. B. Petitionen der Weber, Raschmacher und Tuchmachergehilfen, der Stuhlmacher vom 10. April 1848 bzw. undat. (Mitte April), in: LAB StA, Rep. 16, Nr. 67, Bd. III, Bl. 131 Rs., 133 Rs., 135. Auch linke bürgerliche Sozialkritiker des Vormärz benutzten zur Charakterisierung der gleichen Sozialgruppe bereits den Ausdruck »Kapitalist«; vgl. Saß, S. 197. Häufiger waren allerdings Termini wie »Geldaristokratie«, »Mammonismus«; vgl. z. B. Ernst Dronke, Berlin, Frankfurt/M. 1846 (ND Berlin 1987), bes. S. 197–208; Beta (= Heinrich Bettziech), Berlin und Potsdam. Ihre Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, München o. J. (ca. 1845), S. 63 f.; ferner Hartmut Kaelble, Berliner Unternehmer während der frühen Industrialisierung, Berlin 1972, S. 127, Anm. 2, 146 ff.

20 Vgl. z. B. Vossische Zeitung, 7. Juli und 22. Okt. 1848.

21 Zu den Berliner Streiks im Jahre 1848 vgl. Hachtmann, Berlin 1848, S. 429–435.

22 Sogar schon vor Beginn der Barrikadenkämpfe vom 18. März 1848: vgl. z. B. die Eingabe des Malermeisters Heinrich Boskort an den Magistrat vom 16. März 1848, in: LAB StA, Rep. 16, Nr. 67, Bd. I, Bl. 84, ferner das Schreiben eines I. Caspary an die städtische »Deputation zur Beratung über das Wohl der arbeitenden Klassen« (DBWaK) vom 16. April 1848, in: ebd., Bd. II, Bl. 106 u. Rs. Zu einem breit verwendeten Begriff wurde »Arbeitgeber« unter Meistern allerdings erst in den fünfziger Jahren; vgl. Kaelble, S. 138 ff., 144.

23 Vgl. z. B. die Petition der Webermeister-Innung vom 2. Mai 1848, in: LAB StA, Rep. 16, Nr. 67, Bd. III, Bl. 157; außerdem Kaelble, S. 149 f., 176 f.

24 Vgl. z. B. Eingaben der Seidenwirkermeister sowie des Gewerbetreibenden A. Tischler vom 25. bzw. 28. März 1848, in: LAB StA, Rep. 16, Nr. 67, Bd. I, Bl. 48, 54 ff., bzw. Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz,

Berlin (GStA), Rep. 120, B. I.1, Nr. 60, Bd. 2, Bl. 310; ferner Kaelble, S. 140 f. Proletaroider Meister waren freilich auch für judenfeindliche Strömungen anfällig. Kurzzeitige antijüdische Ausschreitungen in Berlin am 5. April 1848 gingen von den Meistern des Schneidergewerks aus; vgl. Rüdiger Hachtmann, Berliner Juden und die Revolution von 1848, in: Reinhard Rürup (Hg.), Jüdische Geschichte in Berlin. Essays und Studien, Berlin 1995, S. 84, Anm. 66.

25 Hervorgegangen war die KKB im März 1820 aus zwei Berliner Kaufmannsgilden. Mitglieder waren alle Kaufleute der Hauptstadt, die sich im Besitz der im Allgemeinen Landrecht fixierten kaufmännischen Rechte sowie des Bürgerrechts von Berlin oder Charlottenburg befanden. Die KKB hatte dem »Interesse des hiesigen Handels in allen seinen Zweigen« zu dienen sowie die für diesen Zweck errichteten »öffentlichen Anstalten und Einrichtungen« zu verwalten, namentlich das »hiesige Börsenhaus«, das durch vier, jährlich aus den Reihen der insgesamt 21 Ältesten gewählten Börsenkommissare beaufsichtigt wurde. Die KKB und die Ältesten der Korporation unterstanden nominell dem Berliner Magistrat sowie (1817 bis 1825) dem Ministerium für Handel und Gewerbe, nach 1825, bis zur Neugründung des Ministeriums am 17. April 1848, dem Handelsamt. Vgl. Statut der KKB vom 2. März 1820, in: Die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin. Festschrift zum hundertjährigen Jubiläum am 2. März 1920, Berlin 1920, S. 619 ff.

26 Vgl. Wolff, I, S. 316.

27 Vgl. Hachtmann, Berlin 1848, S. 765 f., Anm. 6.

28 Beschluß der Ältesten der KKB ad No. 383 vom 12. Mai 1848, in: LAB StA, Rep. 200–01, Nr. 348, Bl. 3. In den Jahresberichten der Ältesten für 1847/48 und 1848/49 wurde auf die »inhaltschweren Begebenheiten des Jahres 1848« nicht im einzelnen eingegangen (ebd., Rep. 200–01, Nr. 563, Bl. 38 bzw. 69.).

29 Beschluß der Ältesten der KKB ad No. 500 und 503, im Wortlaut identisch mit Schreiben der Ältesten der KKB an die DBWaK (Anm. 22) vom 19. Juni 1848, in: LAB StA, Rep. 200–01, Nr. 143, Bl. 39–41 bzw. ebd., Rep. 16, Nr. 67, Bd. IV, Bl. 83–84 Rs., 90–91; vgl. auch den Beschluß ad No. 490 vom 12. Juli 1848 sowie das Schreiben der Ältesten der KKB an die DBWaK vom 12. Mai 1848, in: ebd., Bl. 45 bzw. Rep. 16, Nr. 67, Bd. II, Bl. 100. Zum Konflikt selbst vgl. Hachtmann, Berlin 1848, S. 414 ff., 434 f.

30 Vgl. Kaelble, S. 138, 141 f.

31 In einem Eingesandt, das in der SZ, 9. Aug. 1848 veröffentlicht wurde, sprach z. B. der einflußreiche Berliner Bankier und Kommerzienrat Wilhelm Beer, 1836 bis zu seinem Tod 1850 Mitglied im Ältestenrat der KKB, von einem »Krieg gegen den Besitz«, der angesichts der hohen Erwerbslosigkeit unter den »arbeitenden Klassen« drohe, und stellte zugleich fest, »daß Besitz und Kapital identisch sind«. Vgl. außerdem Kaelble, S. 137 f., 142 (und dort angeführte weitere Beispiele).

32 Vgl. z. B. Erklärung August Borsigs vom 25. März, in: DARZ, 8. April 1848, sowie (inkl. weiterer Beispiele) Kaelble, bes. S. 143, 148 ff., 173, 176 f.

33 Zur konservativen Gesinnung des Schlachtergewerks, auch der Gesellen, vgl. Hubert v. Meyerinck, Die Straßenkämpfe in Berlin während der

Berliner Märztage 1848, Berlin 1891, S. 108. Zum im Sommer 1848 entstandenen Handwerkerbund vgl. Hachtmann, Berlin 1848, S. 421, 848 f.

34 Petition der Altgesellen des Maurer- und Zimmerer-Gewerks an den Handelsminister v.d. Heydt vom 3. Mai 1849, in: *GSStA*, Rep. 120, B.V. 33, Nr. 4, Bd. 2, Bl. 192–193.

35 Vgl. Verordnung Patows vom 8. Mai 1848 über die Bildung der »Lokal-Ausschüsse« etc., veröffentlicht in: *Tagespresse*, 9./10. Mai 1848; Konzept in: *LAB StA*, Rep. 16, Nr. 67, Bd. III, Bl. 218 ff. Die mit der Verordnung ins Leben gerufenen »Lokal-Ausschüsse« sollten als lokale Schlichtungsgremien in ganz Preußen bei »Tarif«-Konflikten fungieren. Sie blieben freilich zumeist erfolglos, im Gegensatz zur Berliner DBWaK (Anm. 22), die für die Einrichtung dieser »Lokal-Ausschüsse« als Vorbild gedient hatte.